

In der Bewegung «Weg mit den Staatszuschüssen» muß die Partei führen

In einem Brief an das Zentralkomitee verpflichteten sich die Werktätigen des VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Hau“ in Wildau bei Berlin und des VEB Werkzeugmaschinenfabrik Berlin-Treptow, in Zukunft auf alle staatlichen Zuschüsse zu verzichten, die Rentabilität ihrer Betriebe zu sichern und darüber hinaus einen Gewinn an den Staat abzuführen. Die Werktätigen von Wildau und Treptow vertreten die Meinung, daß eine weitere Verbesserung unseres Lebens, der Bau neuer Betriebe und Wohnungen, die Vergrößerung der Produktion und die Vermehrung des Warenangebots nur dann möglich ist, wenn in allen volkseigenen Betrieben die Arbeiter, Meister und Technologen den gleichen Weg beschreiten. Sie fordern deshalb in diesem Brief an das ZK alle Werktätigen auf, ihrem Beispiel zu folgen und in ihrem Betrieb eine Verlustwirtschaft nicht mehr zuzulassen.

Das Neue an dieser Bewegung ist, daß sich in diesen beiden Berliner Betrieben Dreher, Fräser, Meister und Technologen zusammensetzten und ernsthaft berieten, wie können wir unsere Produktion nicht nur rentabel gestalten, sondern wie erzielen wir sogar einen Gewinn für den Staat. Ihre Verpflichtungen zeigen, daß sie sich ein großes Ziel gesetzt haben. Z. B. im VEB Werkzeugmaschinenfabrik Berlin-Treptow will die Abteilung Dreherei durch sparsamsten Verbrauch von Hilfsstoffen dem Betrieb 8300 DM zuführen. Die Technologen verpflichteten sich, durch Verbesserung der Technologie 40 000 DM einzusparen. Im VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau“ Wildau konnten durch Vorschläge der Arbeiter über 700 000 DM vom Finanzplan abgesetzt werden. In diesen beiden Berliner Betrieben waren es die Parteiorganisationen, die die Initiative ergriffen und mit Hilfe der Gewerkschaften in den Brigaden und Meisterbereichen die Diskussion über die Beseitigung der Verlustwirtschaft hineintrugen. Jeder Arbeiter, jeder Meister und Technologie wurde davon erfaßt, bis alle eine klare Vorstellung hatten, wie sie diese große Aufgabe in ihrer Abteilung, an ihrer Werkbank lösen. In der tagtäglich beharrlich geführten Aufklärungsarbeit durch die Genossen wurde die Initiative der Werktätigen immer wieder aufs neue entfacht, bis die gesamte Belegschaft von der Bewegung, ohne Staatszuschüsse zu arbeiten, gepackt war. Durch diese Methode erhöhte die Parteiorganisation ihren Einfluß als organisierende und lenkende Kraft in den beiden Betrieben, die zu dem Erfolg führte, daß die Betriebe der volkseigenen Industrie in Berlin an der Spitze der großen Bewegung „Weg mit den Staatszuschüssen, für eine hohe Rentabilität, für ein besseres Leben“ stehen.

Das große Ziel ist gesetzt. Es wird erreicht, wenn die Parteiorganisationen in allen Betrieben die große politische Bedeutung dieser Bewegung erkennen und die Führung fest in die Hand nehmen. Sie muß als Aufgabe in den Mittelpunkt der politischen Arbeit der neugewählten Parteileitungen in den Ministerien und Hauptverwaltungen sowie der neuen Kreisleitungen stehen.

Den Räten in den Bezirken und Kreisen fällt die Aufgabe zu, diese von Berlin ausgehende große Initiative für den Verzicht auf staatliche Zuschüsse auf die örtliche volkseigene Industrie zu übertragen und dafür zu sorgen, daß alle Fragen, die mit der Rentabilität der Betriebe Zusammenhängen, auch wirklich in breiter Form mit den Werktätigen diskutiert und ihnen beantwortet werden. Je gründlicher sie das organisieren, desto mehr werden die Werktätigen darauf mit